Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint wochentäglich 7 mal und zwar morgens.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰. Finanzielle Anzeigen 30 ₰, Reklamen 1 ℳ; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.50 ℳ; vom Ausland 50 ₰, finanz. Anzeigen 75 ₰, Reklamen 1.50 ℳ. Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 ₰. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 15. **Freitag** 15. Januar 1909. 103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Die Sprachlehrerin Minna Petersen aus Hamburg wurde vom Reichsgericht wegen versuchten Verrates militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus, fünfjährigem Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. (S. d. bes. Art.)

* In der Zweiten Kammer wurde am Donnerstag das Forst- und Feldstrafgesetz gegen fünf Stimmen angenommen. (S. Landtagsbericht.)

* Der nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen hält am 24. Januar in Dresden eine Sitzung des Landesausschusses und nach dieser eine Hauptversammlung ab. (S. Vischs. R.)

* Der Reichstag hat den Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und San Salvador in erster und zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

* Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes betreffend Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern zugestimmt.

* Die Bank von England hat den Diskont von 2½ auf 3 Prozent erhöht. (S. Handelsteil.)

* Der bisherige französische Senatspräsident Dubost wurde wiedergewählt. (S. Letzte Dep.)

* In Serbien herrscht große Niedergeschlagenheit wegen der günstigen Wendung in der Balkanlage. Ausbrüche der Volksleidenschaft sind zu befürchten! (S. d. bes. Art.)

* Infolge des brasilianischen Eisenbahnerstreikes ist es in Pernambuco zu ernsten Ruhestörungen gekommen. (S. Ausl.)

Die Politik des Nackten.

Das preußische Abgeordnetenhaus, das im allgemeinen zu den trockenen Parlamenten zu rechnen ist und demgemäß vom großen Publikum geschätzt wird, hatte am Mittwoch seinen pikanten Tag, und Olga Desmond, die nackte Partnerin des nackten Herrn Salze, hörte, diesmal bekleidet, von der Tribüne den Männerreden zu, so daß die sprechenden Abgeordneten wacker gegen die Attraktion der Holden zu kämpfen hatten, um zur Geltung zu kommen. Wir sind es im Deutschen Reiche gewohnt, die Berufspolitiker mit den schönen Künsten nicht eben glimpflich umgehen zu sehen. Wir haben noch die Reichstagsdebatten über Kunst und Künstler im Gedächtnis und schämen uns noch heute der Brutalität, mit der pietistische Anschauungen der Kunst die Grenzen stecken wollten. Wir haben erst jetzt wieder gesehen, wie ungeschickt das Problem der Gemälde für den Sitzungssaal des Reichstages gelöst worden ist, und wie man nicht verstanden hat, den zweifellos hochbegabten Münchner Maler Zank vor einer Blamage zu bewahren. Solche Erfahrungen reizen förmlich zur Opposition, sobald die offizielle Politik die Hand an die nur gefühlsmäßig aufzunehmenden zarten Gebilde der Kunst zu legen sich erlaubt. Und aus diesem inneren Widerspruch gegen solche Anmaßung heraus ist eine heillose Verwirrung der Begriffe im Punkte Nudität entstanden. Mancher, der zu den Modernen gerechnet werden möchte, glaubt nun auch die Verpflichtung zu haben, für die Nacktkultur ohne jegliche Einschränkung einzutreten und jeden einen Banausen zu schimpfen, der in der Nacktheit eines Weibes, das mit der Schaustellung seiner Körperformen Geld verdient, eine Scheußlichkeit oder zum mindesten eine schauderhafte Geschmacksverirrung erblickt.

Auch in der Debatte des Abgeordnetenhauses zeigt sich nur selten eine Spur von der Freiheit der Auffassung, die vor dem Nackten an sich durchaus nicht zurückschreckt und nur in den besonderen Umständen, in dem Milieu, die Kriterien für die Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Nacktheit suchen will. Man kann sehr wohl in durchaus modernem Geist erzogen sein und in ihm fühlen, man kann eine systematische Abhärtung unserer Jugend gegen die Lockungen des ungewohnten Anblicks nackter Körperformen billigen, man kann für Familienbäder schwärmen und kann den Zelotismus, der die Venus von Medici zu den unzüchtigen Bildwerken rechnet, aus tiefster Seele hassen und muß doch zugestehen, daß in dieser Schaustellung nackter Menschen sich Schamlosigkeit oder krankhafter Heroismus eines mißleiteten Geschmackes dokumentiert. Gerade die Leute, die eine Gesundung der Volksbegriffe über das Nackte erstreben, sollten doch den Widersinn erkennen, der darin liegt, daß dies als selbstverständlich gepriesene Nackte, als etwas Besonderes gegen Entrée gezeigt wird. Wir haben gegen die Tendenz der Abgeordnetenhausdebatte nicht das Geringste einzuwenden, sehen mit ihr in dieser Schaustellung nackter Menschen alles andere als das Heil, und in den sogenannten Nacktlogen eine Gelegenheitsmacherei für Schweinereien. Nur können wir leider nicht mit Herrn Roeren einfach in jedem Akt ein Moment sexueller Erregung erblicken, und können nicht mit dem Abgeordneten Henning sagen: „Was soll der lebende Körper, der doch stets unvollkommen ist?" Wir meinen, daß sehr wohl ein solcher nackter Körper künstlerisch sein und wirken kann, daß er in künstlerischer Pose uns vorgeführt werden kann und daß die Darbietung trotzdem verwerflich ist. Man stelle sich ein nacktes weibliches Modell vor, das einem Maler ohne alle Scheu, aus einer Mischung von Gewöhnung und künstlerischem Nachempfinden heraus, seine letzten Geheimnisse enthüllt. Dasselbe Modell wird es als eine Beleidigung auffassen, wenn die Tür des Ateliers sich öffnet, um einen Fremden einzulassen. Und nicht nur von einem Fremden, sondern von Tausenden hat Olga Desmond sich gegen Geld beleidigen lassen.

Es ist offenbar die Scheu gewesen, bei den Modernen in den Verdacht der Rückständigkeit, der Verständnislosigkeit für die künstlerischen Aufgaben unserer Zeit zu kommen, wenn der preußische Minister des Innern sich ausnahmsweise von des Gedankens Blässe hat ankränkeln lassen und zaghafter, als man es gewohnt ist, dem Unwesen der nackten Schaustellungen gesteuert hat. Aber er hat immerhin damit das eine erreicht, daß ihm manche Vorwürfe erspart geblieben sind, und daß die polizeiliche Exekutive hier von anderer Seite, aus dem Publikum selbst, von der Presse, von dem Parlament zum Zugreifen angetrieben worden ist. Die Situation ist für einen preußischen Polizeiminister nicht ohne Reiz, und Herr von Moltke hat denn auch die Gelegenheit kühn ergriffen, um einige künstlerische Bekenntnisse abzulegen, die förmlich freiheitlich anmuten: „Die Schönheit des menschlichen Körpers, wie ihn Gott geschaffen hat, ist ebenso unbestreitbar, wie unverfänglich. Den menschlichen Körper in seiner Schönheit darzustellen, ist von jeher das höchste Ziel und berechtigte Streben jeder ernsten wissenschaftlichen Kunst gewesen. Wer würde andere als ideale Empfindungen beim Anblick einer Venus von Medici und anderer unsterblicher Werke haben?" Das ist zum mindesten sehr viel vorurteilsloser, als das meiste, was sonst in den Debatten gesagt wurde. Für die Kunst im allgemeinen mag daraus allerdings wohl die Gefahr entstehen, daß nun auch in Zukunft das Maßregeln der preußischen Polizeiverwaltung als von diesem modernen Geist diktiert und deshalb gefeit erscheinen gegen die Kritik.

Noch eine Merkwürdigkeit zeugte dieser interessante Tag. Ein konservativer Abgeordneter, Herr Henning, sandte spitze Pfeile gegen „hochstehende Herren und Damen unserer hohen Aristokratie", die er der Sympathie mit nackten Schaustellungen und dem Treiben der Nacktlogen verdächtigte. Ja er ging sogar soweit, den Minister des Innern als beeinflußt von dieser Sympathie hoher Persönlichkeiten hinzustellen, was natürlich von Herrn von Moltke mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Es ist ganz klar, daß der konservative Herr Henning nie und nimmer solche Beschuldigungen ausgesprochen haben würde, wenn er nicht dringenden Anlaß dazu zu haben geglaubt hätte. Es wäre sehr interessant, sein Material kennen zu lernen.

Zarte Seelen mögen vielleicht in der unzweideutigen Benennung der Desmondschen Fleischbeschau im Abgeordnetenhause eine Rücksichtslosigkeit gegen das anwesende schöne Fräulein erblicken. Demgegenüber muß aber doch schließlich gesagt werden, daß ein Parlament auf seine zufälligen Besucher keine Rücksicht nehmen kann, und daß Fräulein Desmond das vorher hätte wissen und fortbleiben können. Im übrigen aber leben wir der Hoffnung, daß ihrer Seele durch diese Worte großer Schaden nicht hat zugefügt werden können, zumal ein sorgfältiges Training sie schon gegen Blicke unempfindlich gemacht haben wird und sie vor solchen Gefühlsverletzungen antiquierter Natur überhaupt geschützt zu sein scheint.

Hoffentlich erzeugt nun nicht etwa die einstimmige Ablehnung dieser gewaltsamen Erziehung zur Nacktkultur einen Sieg der Prüderie, die an Schädlichkeit den Auswüchsen der Nacktkultur nicht nachsteht.

Erbauliche böhmische Zustände.

B. **Prag**, 13. Januar.

Die Vertschechung der Behörden macht immer größere Fortschritte; überall werden die gesetzlichen Bestimmungen außer acht gelassen, wenn es sich um das Deutsche und die Deutschen handelt; selbst die Statthalterei geht aneifernd vor. Bisher ist es niemals vorgekommen, daß bei der obersten Landesregierungsstelle die Beamtenbeeidigungen tschechisch vorgenommen wurden. Die Beeidigung war eine innere Amtshandlung, die selbst unter Badeni von dem Sprachenstreite nicht berührt wurde. Jüngst nun sind zwei neue Bezirkshauptleute, Franz Fialka und Emil Knapp, vom Statthalter tschechisch beeidigt worden.

Am schlimmsten sind jetzt die Zustände bei der Postdirektion für Böhmen. Der neue Postpräsident Kraus, der seine Stellung den tschechischen Abgeordneten verdankt, glaubt seine Erkenntlichkeit dadurch zeigen zu müssen, daß er mit Haß gegen alles Deutsche auftritt. Diesem Manne ist die Postverwaltung von ganz Böhmen anvertraut. Die deutschen Abgeordneten sind wieder einmal getäuscht worden. Als nämlich im Herbste der Postdirektor v. Schafarik in Ruhestand ging, verlangten die Deutschen einen unparteiischen Beamten als Vorstand für die Direktion. Baron Beck wies darauf hin, daß er sich den Tschechen verpflichtet habe, wieder einen Tschechen an die Spitze der böhmischen Post zu stellen; um aber den Deutschen entgegenzukommen, habe er nicht den von dem Tschechenklub ursprünglich verlangten Sektionsrat Zampach, sondern den ihm als ruhigen, unparteiischen Mann beschriebenen Kraus zum Direktor gemacht und zum Schutze der Deutschen eine Vizepräsidentenstelle geschaffen, welche mit dem Deutschen Swoboda besetzt werde. Wie bekannt, kam es bald zu Streitigkeiten zwischen den beiden Verständen. Das Ministerium traute sich nicht, die Tschechisierungen des Präsidenten zu verbieten, sondern berief zur Schlichtung der entstandenen Streitigkeiten beide Vorstände nach Wien. Was in Wien ausgekocht wurde, ist nicht bekannt, Tatsache ist jedenfalls, daß Kraus gesetzwidriger als vorher verfährt. Der Erfolg davon ist, daß Swoboda sich entschlossen hat, seine Stelle niederzulegen. Diese Zustände schreien nach Errichtung einer Postdirektion für die deutschen Teile des Landes.

Auch im Landesausschuß sollen die Deutschen noch mehr vergewaltigt werden als bisher. Die Tschechischradikalen verlangen, daß alle Aufwendungen für deutsche Landeszwecke aus dem Voranschlag gestrichen werden. Es ist voraussichtlich, daß die vier tschechischen Besitzer im Vereine mit den zwei feudalen Großgrundbesitzern allzu gern dem Verlangen der Radikalen nachgeben werden, obwar von den Landeseinnahmen weit mehr als die Hälfte deutschen Ursprunges sind. Die zwei deutschen Besitzer werden einfach überstimmt. Auch bei dem Oberstlandmarschalle Prinzen Ferdinand Lobkowitz werden die Deutschen nicht viel Schutz finden, hat er sich doch der Boykottbewegung gegen die Deutschen angeschlossen. Der Verein zur Wahrung tschechischer Interessen hat ein Verzeichnis herausgegeben, in welchem alle Geschäftsleute, die sich der Ausschlußbewegung gegen deutsche Waren angeschlossen haben, enthalten sind. Prinz Lobkowitz hat sich als Besitzer einer Handlung feiner Weine aus Verkovitz-Melnik in dieses Verzeichnis aufnehmen lassen. Der Prager Magistrat hat bekanntlich in seinen Häusern allen Mietern bei Kündigung verboten, an ihrer Wohnung oder ihren Geschäften ein deutsches Wort anzubringen. Einem armen Trafikanten untersagte er den Verkauf deutscher Zeitungen.

Die Orientlage.

Das österreichisch-türkische Abkommen.

Aus Wien wird uns unter dem 13. d. von unserem K.-Korrespondenten geschrieben: Der Großwesir Kiamil Pascha hat also die österreichischen Propositionen angenommen. Ausgezeichnet! Man atmet auf. Ein schweres Hindernis für die gottlob durch lange Jahre herrschende friedliche Ordnung in der internationalen Politik erscheint beseitigt. Mehr als das, die Zugänge für jene Friedensstörer, die mit Versprechungen und mit Gold in der Hand die Unruhe steigern wollten, um im Trüben fischen zu können, werden gesperrt; die Hoffnungen des englischen Handels, in der europäischen Türkei festen Fuß zu fassen, der englischen Diplomatie, nach der Zerrüttung der Staaten auf dem Balkan als Pazifikatoren große materielle Geschäfte erstehen zu lassen, zu Ehren des Vollsacks und zum Gewinn des britischen Kapitals, fallen ins Wasser. Wen kränkt das? Niemanden. Dafür ist die bosnisch-herzegowinische Frage ausgeschaltet aus den strittigen Punkten einer internationalen Konferenz. Volenti non fit injuria; die Türkei ist zufrieden mit dem neuen staatsrechtlichen Zustande, folglich bleiben nur die bulgarische Königskrönung und die Aspirationen des großmannsüchtigen Serbien, und des finanziell derouten Montenegro übrig und dafür wird kein Mensch und kein Staat sich begeistern oder gar erklären, daß zur Regelung dieser Kanapeefragen das Schwert aus der Scheide gezogen werden müsse. Die Friedenszuversicht hat demnach eine starke und was mehr ist, allem Anscheine nach eine nachhaltige, tiefgreifende Stärkung erfahren. Und, was vom österreichisch-ungarischen Standpunkte aus nicht hoch genug eingeschätzt werden muß, ohne geringste Einbuße des moralischen Prestiges, ohne Täsierung des in Wien bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgerufenen Grundsatzes, daß irgendwer einem politischen Rechtstitel besitze, Einsprache gegen die Umwandlung des faktischen Zustandes in einen legalisierten zu erheben. Die 2½ Millionen türkische Pfund, die die Pforte erhält, bekommt sie als Entschädigung für die in den okkupierten Provinzen liegenden türkischen Staatsgüter; nennt es die Türkei eine Entschädigung für die Zedierung der Souveränitätsrechte an Oesterreich-Ungarn, so mag ihr diese Verbrämung des materiellen Geschäftes gerne bewilligt sein. Doch wozu alle Tüfteleien und alle politischen und diplomatischen und staatsrechtlichen Haarspaltereien, der Effekt der neuen Instruktionen an den Markgrafen Pallavicini war ein guter, und wenn auch der normale Zustand auf dem Balkan nicht vollkommen hergestellt, die drohendste Gefahr einer blutigen Verwicklung ist beseitigt. Daß auf dem Balkan noch immer Zündstoff aufgestapelt bleibt, an diese Tatsache hat man sich schon gewöhnt, man trägt sie schon geraume Zeit, Oesterreich-Ungarn und ganz Europa. Anerkennt man aber die Zweckmäßigkeit des Vorgehens des Wiener Auswärtigen Amtes, ja je mehr man diese Methode, durch Geld die Ruhe herzustellen, billigt, desto mehr behalten seine Rechte, die schon vor Wochen geklagt haben, warum Frh. v. Aehrenthal ostentativ erkläre, er gebe keinen Heller für die Zustimmung der Türkei. Zuerst keinen Heller und keinen Pfennig und keinen Groschen und jetzt 2½ Millionen türkische Pfund, abgerundet 60 Millionen Kronen? Man hätte die Sache wirklich billiger haben können! Hätte man sich sofort bei der Annexion mit klingender Münze bei der Pforte eingestellt, wie es Markgraf Pallavicini, das wissen die Eingeweihten, vor Wochen vorgeschlagen, wäre die schwere Besorgnis der letzten zwei Monate dem wirtschaftlichen Leben erspart geblieben. Denn eigentlich zahlen wir jetzt der Türkei 60 Millionen Kronen und außerdem an wirtschaftlichen Kriegskosten für die lange Dauer der Verhandlungen mindestens 50 Millionen Kronen, die die österreich-ungarische Industrie, der Handel und der Verkehr durch die Boykottierung verloren haben. Doch das sind Rekriminationen und Betrachtungen, die nur die Bewohner innerhalb der schwarzgelben Pfähle interessieren, für die europäische Welt kommt heute nur ein gutes Moment in Betracht, der Friede ist gestärkt, das bosnische Problem ist aller Voraussicht nach gelöst, geregelt und erledigt.

*

Zum türkischen Boykott.

Zur Boykottsituation, in der nunmehr, nach dem glücklichen Abschluß der austro-türkischen Zwistigkeiten, eine Wendung zugunsten des geschädigten Oesterreich eintreten dürfte, liegt folgende Meldung vor:

Wien, 14. Januar. (Telegramm.)

Da der Boykott österreichischer Waren seitens der Türkei vor Beginn der Saison einsetzte, kann, so hofft man, der entstandene Schaden **vielfach wieder gutgemacht** werden. In den mazedonischen Boykottkomitees sind es auch **Vertrauensmänner der serbischen Regierung**, die die **führende Rolle** spielen.

Die entrüsteten Serben.

Der Abschluß des österreichisch-türkischen Uebereinkommens hat, wie wir schon kurz erwähnten, in Serbien tiefste Niedergeschlagenheit hervorgerufen. Man hoffte dort noch immer auf die Freundschaft und Widerstandskraft der Türkei, die aber jetzt gezeigt hat, daß sie jeder Abenteurerpolitik durchaus abhold ist. Nachdem nun die Aussichten auf ein Bündnis der Balkanstaaten infolge der weisen Politik der Pforte verschwunden sind, waren auch die Belgrader Kompensationswünsche illusorisch geworden. Wohin soll man sich jetzt wenden? Denn auch Rußland hat den slawischen Vetter im Stich gelassen. Es ist daher zu befürchten, daß es in Serbien leicht zu folgenschweren Ausbrüchen der Volksleidenschaft kommen kann, und hier doch noch ein Brand angefacht wird, wie man ihn bisher klug zu verhüten gewußt hat. Die augenblickliche Stimmung in Belgrad wird zunächst durch folgenden telegraphischen Bericht illustriert.

Wien, 14. Januar. (Tel.)

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Belgrad, die Verwirrung und Niedergeschlagenheit ist hier unbeschreiblich, Milowanowitsch erklärt, daß für Serbien alles verloren ist. Die Volksstimmung ist allgemein gegen die Dynastie sowohl, als gegen die Regierung. Gestern wollte König Peter den für abends angesetzten Hofball absagen. Der Hofball fand jedoch statt. Man erwartet Straßendemonstrationen.

Der serbische Kronprinz benutzt die Gelegenheit, da Serbien sich jeglicher klaren Besinnung zu berauben droht, um von neuem in Kriegshorn zu stoßen. Welch Feuerchen der junge Mann dann anzünden möchte, das geht aus folgender Depesche hervor:

Wien, 14. Januar. (Tel.)

Aus Belgrad kommen Nachrichten, welche von einer beunruhigenden Steigerung der Erregung infolge der österreichisch-türkischen Verständigung sprechen. Dies benutzt der Kronprinz, um neuerdings zum Kriege zu hetzen. Man müsse, so erklärt